

Wilfried Reininghaus

Die Industrie- und Handelskammer Detmold, die lippische Wirtschaft und der Anschluß an Nordrhein-Westfalen

Die Geschichte einer Industrie- und Handelskammer mag im Rahmen einer Vortragsreihe über die Zeit nach 1945 auf den ersten Blick nicht als vordringlich zu behandelndes Thema erscheinen, wo doch über die Not und den Hunger, den Wiederaufbau und das Problem der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die Gründung demokratischer Parteien zu sprechen näher läge. Nun sind ja zum einen viele dieser Fragen in den bisherigen Veranstaltungen dieser Reihe angesprochen worden. Die sehr informative Ausstellung im Staatsarchiv hat zusätzlich darüber unterrichtet.¹ Zum anderen weiß jeder, der die Wirtschaftsgeschichte der Jahre 1945 bis 1950 kennt, welche zentrale Bedeutung die Industrie- und Handelskammern in dieser Zeit hatten.² Sie vermittelten unmittelbar zwischen Betrieben und der Besatzungsmacht, waren in die Verfahren zur Bewirtschaftung knapper Güter eingeschaltet, sie kämpften gegen Demontage und halfen, das Chaos zu beseitigen. Über das Alltagsgeschäft hinaus leisteten sie mit anderen und auch gegen andere einen wichtigen konzeptionellen Beitrag zum Aufbau der sozialen Marktwirtschaft, die für die Bundesrepublik Deutschland charakteristisch werden sollte.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage: Was war das Besondere an der *lippischen* Industrie- und Handelskammer? Schnell stößt man auf zwei Bereiche, die zentral sind und die so woanders nicht vorkommen könnten. Ich werde deshalb erstens die 'Wiedergründung' der Kammer zwischen 1945 und 1947 einschließlich ihrer langen Vorgeschichte erörtern. Sie ist deshalb unmittelbar in die lippische Landesgeschichte einzuordnen, weil sie das Ergebnis des Kampfes um Erhaltung der Selbständigkeit bzw. Eigenständigkeit Lippes war. Die Erklärung von Ministerpräsident Arnold am 22.1.1952 über die Verwaltung der lippischen Gebiete Nordrhein-Westfalens bekräftigte endgültig diesen Sachverhalt. In Punkt 11 heißt es, daß die Selbstverwaltungskörperschaften der gewerblichen Wirtschaft in Lippe den Wunsch geäußert hätten, daß ihre Grenzen nicht geändert werden. "Die Landesregierung", so Arnold, "beabsichtigt nicht,

eine Veränderung der Grenzen der Industrie- und Handelskammer [...] zu betreiben".³

Arnolds Erklärung von 1952 steht am Schluß einer langwierigen Entwicklung, deren einzelne Schritte 1984 unter dem Titel "Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/3-1947" vom Staatsarchiv Detmold dokumentiert worden sind und die mit dem "Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen" endeten. Die Akten der Industrie- und Handelskammer Detmold erlauben, die interne Meinungsbildung der lippischen Wirtschaft in der Anschluß-Frage zu rekonstruieren.⁴ Die Kammer als Teil der lippischen 'Stände' – über diesen Begriff werden wir noch sprechen müssen – hatte eine wichtige Position im Meinungsbildungsprozeß innerhalb der lippischen Öffentlichkeit. Der 'Anschluß' und die Stellungnahmen der lippischen Wirtschaft sind daher das Thema des zweiten Abschnitts.

1. Der Kampf um die Selbständigkeit der Kammer 1942-1947

Die lippische Industrie- und Handelskammer ist ein Gründung des Jahres 1904.⁵ Sie ging hervor aus dem Handels- und Gewerbeverein und wehrte 1923 erstmals einen Versuch ab, mit der Handelskammer Bielefeld verschmolzen zu werden. Der preußische Handelsminister hatte dies im Zusammenhang mit der Reichsreform in der Weimarer Zeit angeregt. Die Vollversammlung in Detmold hielt dem im Oktober 1923 entgegen, "das Bedürfnis der lippischen Wirtschaft nach einer eigenen Handelskammer bestehe mindestens solange, wie Lippe selbständig bleibe".⁶ Die Reichsreform zur Neuordnung der Länder geriet ins Stocken und wurde auch von den Nationalsozialisten nicht zustande gebracht. Ein letzter Anlauf zur Neugliederung der Reichsgaue mit den Folgen für die lippische Handelskammer sorgte im Februar 1935 den Kammervorstand ein letztes Mal⁷, dann verschwanden die Pläne in den Schubladen.

Doch 'Organisationsruhe' – ein Schlagwort jener Zeit – herrschte nur scheinbar. Die Herrschaftsstruktur des NS-Staates mit seinen rivalisierenden Machtzentren schuf zwischen 1933 und 1945 ständig neue Behörden und Apparate und trug zu einem schleichenden Verlust der Selbständigkeit der lippischen Handelskammer bei. Sie hatte sich 1933 einige Zeit gegen eine Gleichschaltung gesperrt, es dauerte verhältnismäßig lange, bis am 12.6.1933 eine neugebildete Vollversammlung zusammentrat. Das "Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft" vom 27.2.1934 und die folgenden Verordnungen von Reichswirtschaftsminister Schacht leiteten dann eine Umorganisation von Han-

delskammern und Verbänden ein, die in einer Reichswirtschaftskammer zusammengefaßt wurden. Als regionale Untergliederungen der Reichswirtschaftskammer entstanden regionale Wirtschaftskammern. Lippe wurde der am 14.3.1935 gegründeten Wirtschaftskammer Westfalen-Lippe mit Sitz an der Industrie- und Handelskammer Dortmund zugewiesen. Diese Wirtschaftskammer ging über die preußische Provinz Westfalen hinaus und bezog nicht nur beide Lippe, sondern Teile der heutigen Rheinland-Pfalz und Hessen mit ein. Von dieser Wirtschaftskammer sah die lippische Kammer zunächst keine Gefahr ausgehen, denn ihre Autonomie blieb erhalten. Traditionelle Kompetenzen mußte sie nicht abgeben – im Gegenteil, neue Aufgaben, etwa im Bildungsbereich und in der Betreuung des Handels und des Kleingewerbes, wuchsen den einzelnen Kammern zu. Allerdings war schon 1936 eine regionale Umorientierung nötig. Detmold verließ den Kammerverband Niedersachsen-Kassel.

Die Wirtschaftskammern waren zunächst ein loser regionaler Dachverband, boten aber eine Angriffsfläche für den Staat.⁸ Je mehr aufgerüstet wurde und je mehr die einzelnen Betriebe Bewirtschaftungs- und Planverfahren unterworfen wurden, um so mehr Dirigismus hielt über die Wirtschaftskammer Einzug in die Handelskammern, so sehr sie sich auch gegen eine "überflüssige Überorganisation"⁹ wehrten. An zwei Stellen höhnten die Wirtschaftskammern von oben die Autonomie aus. Seit 1936 konzentrierten sie die Vergabe der öffentlichen Aufträge bei sich, seit Sommer 1939 gab es eine wehrwirtschaftliche Abteilung, durch die die Kammer unmittelbar einer mittleren Behörde, dem neugebildeten Bezirkswirtschaftsamt Münster, unterstellt wurde. Aus Sicht der einzelnen Firmen und der Kammer entstand ein Kompetenzwirrwarr. So lautete der Briefkopf in allen kriegswirtschaftlichen Auftragsangelegenheiten: "IHK in Detmold. Der Reichskommissar".¹⁰

Zwar gab die Kammer ihre Abwehrhaltung gegen die Einbeziehung in den staatlichen Behördenapparat förmlich zu Protokoll, jedoch ohne Chance, sich der gelenkten Kriegswirtschaft zu entziehen. Kriegsbedingt sollte auch die "Organisation der gewerblichen Wirtschaft" vereinfacht und vereinheitlicht, die Zahl der Kammern drastisch reduziert werden. In Westfalen sollten nur noch zwei Gauwirtschaftskammern, entsprechend den NSDAP-Gauen Westfalen-Nord und -Süd bestehen bleiben. Die Detmolder Kammer hörte "gerüchteweise", "daß beabsichtigt sei, sie der Kammer Bielefeld anzugliedern bzw. zu unterstellen".¹¹ Die Bielefelder Wirtschaftskammer im Bezirk der Gauwirtschaftskammer Westfalen-Nord in Münster war vorgesehen, weil der ganze Gau von Münster aus nicht zu betreuen war. Die Kammer Detmold wollte nun aber auf keinen

Fall Bielefeld untergestellt werden, sondern favorisierte den Ursprungsplan, als Zweigstelle Münster unterstellt zu werden. Einer mißlichen "Bürokratisierung" wurde das "Aufrechterhalten der ehrenamtlichen Mitwirkung der Unternehmer in den Kammern" auch im Krieg gegenübergestellt. Dennoch mußte in der Beiratssitzung vom 31.3.1943 der amtierende Vorsitzende des Beirats Nagel (Eickernmühle) den Übergang von der Industrie- und Handelskammer Detmold zur Zweigstelle der Wirtschaftskammer Bielefeld bekanntgeben, die einen Tag später eingesetzt wurde. Nagel bemängelte, daß "wir in der Frage der Umgestaltung unserer Kammer überhaupt nicht angegangen und gehört [worden] sind".¹² Hier klingt ein Motiv an, daß nach 1945 allen Widerstand gegen Pläne über Anschluß an die eine oder andere Seite begründete, nämlich das Gefühl, nicht gefragt worden zu sein. Nagel verband es mit der Einsicht, "daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft fruchtbare Arbeit nur dann leisten kann, wenn die erforderliche Betriebsnähe und die unmittelbare Verbindung mit der Betriebspraxis gewahrt bleibt". Er kämpfte daher bis in das Jahr 1944 hinein für Unabhängigkeit von Bielefeld.¹³ Ihm gelang es zwar nicht, den Gauleiter zu umgehen, aber er ließ eigene Gremien für Detmold im Apparat der Wirtschaftskammer verankern. Die dank Nagels Einsatz gemilderte Unselbständigkeit blieb ein kurzes Intermezzo, wegen der Kriegssereignisse blieb die Organisation der Gauwirtschaftskammern ein Provisorium. Sie war aber verantwortlich für ein Vakuum, das nach dem Ende der Kriegshandlungen entstand. Während in anderen Städten die Handelskammern die allerersten Ansprechpartner der Besatzungstruppen in Wirtschaftsfragen waren, trat in Lippe ein Industrieausschuß an die Stelle der Kammer. Diese für ganz Westdeutschland ungewöhnliche Entwicklung erklärt sich aus der Unsicherheit in der Rechtslage, die eine lokale Abweichung zuließ. Die Wirtschaftskammer war noch nicht aufgehoben, eine Zweigstelle Detmold, deren Haus in der Bismarckstraße 19 im übrigen die Briten beschlagnahmt hatten, war unerwünscht. Georg Müller aus Oerlinghausen war der führende Kopf des Industrieausschusses, der mit der Militärregierung um Betriebsgenehmigungen rang. Müller verfolgte mit dem Industrieausschuß durchaus eine neue Konzeption. Er sollte sich auf die Industrie konzentrieren und den Handel ausschließen. Nur ein Industrieausschuß könne z.B. in Bewirtschaftungsfragen kompetent auftreten, während der Kammer an einem Interessenausgleich gelegen sein müsse. Müller wollte sie auf hoheitliche Aufgaben beschränkt sehen.¹⁴ Als Müller im Juli 1945 sein Konzept niederschrieb, hatte der Industrieausschuß bereits einige seiner Aufgaben an die neukonstituierte Kammer wieder abgegeben. Der 'Ausschuß' hatte von sich aus die Neu-

gründung betrieben. Anlaß waren Ende Mai 1945 Beschwerden über Eingriffe der Amerikaner in die Holzindustrie; die Kammer wurde schmerzlich vermißt. Am 16.6.1945 ordnete Colonel Harley gegenüber Landespräsident Drake folgendes an:

- Die Bildung einer Industrie- und Handelskammer für Lippe und Schaumburg-Lippe zu Detmold wird bestätigt.
- Die Kammer untersteht der Gerichtsbarkeit und Gewalt des Landeswirtschaftsamts Westfalen.
- Eine Nebenkammer der Holzverarbeitenden Industrie sollte errichtet werden, weil in Friedenszeiten die Holzindustrie mit 4.000 Arbeitern von 12.000 insgesamt dominierend sei.¹⁵

Drake ragierte sofort positiv und präsentierte auf Vorschlag Müllers als hauptamtlichen Geschäftsführer der Kammer Curt L. Schmitt, einen politisch unbelasteten ehemaligen Manager der AEG. Schmitt, Müller und Drake hielten die "Nebenkammer" für absolut überflüssig und setzten sich damit auch durch: "A subdivision of the Kammer itself would interfere with its character as a head organisation".¹⁶ Den von Drake am 4.7.1945 vorgelegten Entwurf zur Gründung einer Industrie- und Handelskammer genehmigte die Militärregierung vorläufig. Drakes Entwurf orientierte sich am lippischen Kammergesetz von 1926. Ihn unterstützte bei den weiteren Vorbereitungen neben Schmitt für den Kreis Lemgo Fleischwarenfabrikant Heinrich Siekmann aus Lage. Die Dreierrunde listete 36 Persönlichkeiten auf, von denen dann zwölf für die neue Handelskammer ernannt werden sollten. Aus Detmold wurden Alex Hofmann von der Firma Klingenberg, Paul Jacobs, Heinrich Viesselmann und Fritz Müller genannt. In der Vollversammlung, die dann tatsächlich vom 7.9.1945 bis 7.7.1947 amtierte, war Fritz Müller nicht vertreten, an seiner Stelle rückte Wilhelm Schäferhenrich nach. Detmold stellte also vier der neun lippischen Vertreter, weitere drei kamen aus Schaumburg-Lippe. Am 7.9.1945 wurden Herbert Küster, Chef des Kolibri-Werks in Schötmar, zum Präsidenten und Alex Hofmann zum Vizepräsidenten gewählt. Zu diesem Zeitpunkt löste sich dann der Industrie-Ausschuß auf. Die Vollversammlung war zwar nicht durch Wahl, sondern durch Ernennung bestellt worden, doch im Vergleich zu den Kammern in der damals noch bestehenden Provinz Westfalen hatte die lippische Kammer im Ehrenamt viel schneller an die Zeit vor 1933 anknüpfen können.

Im August 1945 konnte daran gedacht werden, im Gebäude Fürstengartenstraße 22 mit der Verwaltungstätigkeit zu beginnen: "Die Kammer", so hieß es, "nimmt zunächst solche Arbeiten vor, die keinerlei Aufschub er-

leiden dürfen". Die lippische Wirtschaft benötigte dringend Rohstoffe, Kohle, Petroleum, Benzin. Drake mahnte Alex Hofmann, trotz der Vielzahl der Aufgaben "noch in Erwägung zu ziehen, daß es sich anempfehlen möchte, alle Organisationsformen der IHK klein aufzuziehen und lieber langsam wachsen zu lassen als umgekehrt".¹⁷

Spannungen zwischen der britischen Militärregierung und der Kammer blieben trotz Drakes Mahnung nicht aus. Am 21.2.1946 warf Major Paul der Kammer vor, sie "erteile nicht nur Gutachten und Ratschläge, sondern Weisungen und Befehle und üben Kontrolle aus." Am 20.4.1946 verfügten die Briten zwischenzeitlich die Entlassung des damaligen Kammermitarbeiters Dr. Rudolf Haus, der 1947 als Hauptgeschäftsführer auf Schmitt folgen sollte.

Die ersten regulären Kammerwahlen seit 1931 fanden am 7.7.1947 statt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Schaumburger Vertreter seit einem Vierteljahr ausgeschieden. Im Zuge der Klärung der Anschlußfrage zugunsten von Nordrhein-Westfalen wurde konsequenterweise Schaumburg-Lippe an eine niedersächsische Kammer, nämlich Hannover, "abgetreten". Detmold wollte dafür durchaus einen Ersatz geltend machen.¹⁸ Am 6.1.1947 berieten Schmitt und Drake vertraulich darüber, ob sich die Kammer nicht südlich des Teutoburger Waldes ausdehnen und ihren Bezirk auf die Kreise Paderborn, Büren, Höxter und Warburg erweitern solle. Auch in dieser Frage galt es, Hinterlassenschaften der Gauwirtschaftskammerzeit zu bewältigen. Höxter gehörte zwar schon seit 1880 zur Kammer Bielefeld, die restlichen drei Kreise waren jedoch erst zum 1.4.1943, von der Kammer Arnsberg kommend, zur Wirtschaftskammer Bielefeld gestoßen. Drake ließ seinen eigenen Plan jedoch schnell fallen und hielt ihn schon am 13.1.1947 für zu wenig ausgereift. Damit war eine Ausdehnung des Kammerbezirks vom Tisch.

Exkurs: Die Demontage im Schötmarer Kolibri-Werk

Jetzt schon könnten die Etappen des "Anschlusses" aus Sicht der Wirtschaft aufgerollt werden. Es ist jedoch lohnend, in einem Exkurs auf den Präsidenten der lippischen Kammer, Herbert Küster aus Schötmar, einzugehen. Er bekleidete dieses Amt fast 30 Jahre bis zum November 1974 und gehört sicher zu den markantesten lippischen Persönlichkeiten nach dem Krieg. Sein Unternehmen erreichte einen hohen Bekanntheitsgrad, weil es – ohne Schuld – in einen der spektakulärsten Demontagefälle verwickelt war.¹⁹

Auf der Konferenz von Jalta hatten die alliierten Kriegsgegner Deutschlands im Februar 1945 beschlossen, neben der Vernichtung des Kriegspotentials von Deutschland, in größtmöglichem Maße Schadensersatz zu verlangen. Noch 1944 begannen hierzu die Planungen (Stichwort: Morgenthau-Plan), nach Kriegsende legten verschiedene Industriepläne den Rahmen für die vorgesehenen Demontagelisten und Reparationsleistungen fest. Etliche Fachkommissionen prüften und veränderten mehrfach die Demontagelisten. Insgesamt sollten allein in Nordrhein-Westfalen 386 Werke ganz oder teilweise abgebaut werden, darunter nicht nur Rüstungsfabriken, sondern auch sonstige Industrierwerke. Aus Lippe waren insgesamt sechs Unternehmen direkt von der Beschlagnahmung bedroht, mittelbar verspürten viele Abnehmer die stockenden Lieferungen bei Demontage der Werke ihrer Geschäftspartner. Am 20.5.1947 ging den Vereinigten Möbelfabriken in Detmold, dem einzigen demontagegefährdeten Werk dieser Stadt, der Beschlagnahmebescheid zu. Grund war die Auftragsfertigung des Werks für den Flugzeughersteller Focke-Wulf seit 1943. Cockpits aus Holz waren mit Spezialmaschinen von Focke-Wulf in Detmold hergestellt worden. Da diese Maschinen 1947 nicht mehr in Detmold standen, strichen die Alliierten die Vereinigten Möbelfabriken wieder von ihren Listen.

Dafür erregte die tatsächlich durchgeführte und dann rückgängig gemachte Demontage in Küsters Kolibri-Werk in Schötmar um so mehr Anteilnahme in der deutschen wie der europäischen Öffentlichkeit. Der Fall kam sogar vor das englische Unterhaus.

Die Ereignisse nahmen am 24.5.1946 ihren Ausgang. Eine englische Kommission der T-Force besichtigte Küsters Werk in Schötmar, das seit 1892 bestand und Kämmе herstellte. Sechs von acht Maschinen sollten beschlagnahmt werden. Herbert Küster setzte anderthalb Jahre lang alles in Bewegung, um die Maschinen zu retten. Drake und später die nordrhein-westfälischen Ministerien halfen ihm dabei. In der Bevölkerung stießen die Demontagen auf schroffe Ablehnung, weil die Gefährdung der Arbeitsplätze und damit der Zukunft auf der Hand lag. In Schötmar waren 1946/47 60 Arbeitsplätze betroffen.

Küsters Fall war paradox. Als Freimaurer galt er als politisch unbelastet, sein Unternehmen hatte immer nur Kämmе und nie für die Rüstung produziert. Formal waren die Engländer durchaus im Recht, denn die alliierten Beschlüsse hatten durchaus auch den Abbau von Maschinen aus dem Nicht-Rüstungssektor vorgesehen. Die politische Gesamtlage war jedoch schon 1946/47 verändert, der Ost-West-Konflikt warf seine Schatten voraus. Deshalb konnte Küster auch auf Verständnis für seinen Kampf hof-

fen. Das Kolibri-Werk war auf die Demontageliste geraten, weil ein englischer Konkurrent aus dem Embassy Work in Irthlingborough der Begutachtungskommission im Mai 1946 angehört hatte und Küsters Maschinen für sich reklamierte. Dessen Gegenargumentation sprach drei Punkte an: Erstens produziere er für den Frieden; zweitens seien die Maschinen nicht neuartig, sondern der Typ sei seit langem bekannt; drittens produziere er in Friedenszeiten zu einem Drittel für den Export. Das Küstersche Werk könne mit zwei Tagen Arbeit die Rohstoffzufuhr nach Lippe für einen Monat sichern.

Der Fall geriet im Laufe des Jahres 1947 in die Mühlen der Besatzungsbürokratie. Die deutsche wie die englische Politik und die Presse in der Schweiz und in England wurden eingeschaltet. U. a. ist über den Fall Küster im ersten Jahrgang des 'Spiegel' nachzulesen. Trotz des Einsatzes auf allen Ebenen ließen die Engländer bei passivem Widerstand der Belegschaft Ende Juli 1947 die Maschinen abbauen.

Unverdrossen kämpfte Küster für die Rückerstattung, stellte aber gleichzeitig Anträge auf Ersatz der Maschinen durch amerikanische Hersteller. Der NRW-Wirtschaftsminister Nölting brachte in London beim britischen Deutschland-Minister Lord Pakenham den Fall zur Sprache. Der berühmte Publizist Gollancz und der einflußreiche Labour-Abgeordnete Stokes plädierten für Küster. In einer Unterhaus-Debatte vom 26.10.1947 nahm Stokes den Fall Küster zum Anlaß, um – gegen englische Unternehmer gewandt – zu betonen: "Die Geier haben sich auf die deutsche Leiche gestürzt". Jetzt fragten selbst englische Zeitungen: Wo bleibt das Fair play? Im März 1948 hatte sich das Blatt endgültig zugunsten von Küster gewendet. Er erhielt seine Maschinen zurück. Für alle noch ausstehenden Demontagen diente sein Unternehmen als Beispiel für den Aberwitz des Maschinenabbaus.

II. Der Anschluß Lippes an Niedersachsen

Bei Herbert Küster liefen die Fäden zusammen, als die lippische Wirtschaft Stellung beziehen mußte in der Frage 'Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen'. In den ersten zwölf Monaten nach Kriegsende spielte das Thema der staatlichen Zukunft Lippes in den Akten der Handelskammer noch keine besondere Rolle. Nur einmal, im August 1945, reagierte die Kammer, als es um die Zugehörigkeit Lippe zum Bezirk des Oberlandesgerichts Celle ging. Der neue Geschäftsführer Schmitt argumentierte für Hannover und stellte fest: "Die lippische Industrie hat mit der Großindu-

strie Westfalens nicht das geringste zu tun."²⁰ Er knüpfte an ein Motiv der 1921 kontrovers geführten Diskussion um die Grenzen des Bezirkswirtschaftsrats an. Damals hatten SPD und Gewerkschaften für eine Ausrichtung nach Westfalen plädiert, während die Handelskammer darlegte, "daß die Kosten der Lebenshaltung und damit die Produktionsbedingungen bei uns erheblich niedriger sind als im Industriebecken Rheinland-Westfalen". Konkurrieren könne Lippe nur bei einer Produktion zu geringeren Kosten als im Ruhrgebiet.²¹ Schon damals klang an, daß Lippe auf ein "bodenständiges Gewerbe, nämlich die Holzverarbeitung umgestellt" habe, und daß auch deshalb eher der Anschluß an das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen zu suchen sei.

Im übrigen plädierten sämtliche lippischen Wirtschaftszweige, Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie unisono zuallererst für die Selbständigkeit Lippes, zuerst am 11.11.1945 im Gespräch mit Drake²², dann in einer vielbeachteten Denkschrift, die Drake am 4.5.1946 übergeben wurde und für die Haltung der Kammer das ganze Jahr 1946 bindend war. In dieser Denkschrift traten die 'Stände', Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Kreisbauernschaft Lippe

1. für die Beibehaltung der bisherigen gewissen Selbständigkeit des Landes Lippe, 2. für eine gewisse Zusammenfassung der Länder Lippe, Schaumburg Lippe und der im Jahre 1932 der Provinz Hannover angegliederten Grafschaft Schaumburg (Kreis Rinteln) und deren Gesamtanschluß an die Provinz Hannover²³ ein.

Die Sitzungen des Zonenbeirats und die Londoner Pläne zur Neugliederung der Länder brachten die Diskussion in Gang und erforderten eine Stellungnahme, die die Industrie- und Handelskammer festlegte, obwohl schon zu diesem Zeitpunkt in größeren Teilen der lippischen Industrie Gründe für einen Anschluß an das kommende Nordrhein-Westfalen vorgetragen wurden.

Der Geschäftsführer der Kammer, Schmitt, formulierte im April den Leitgedanken.²⁴ Er reklamierte es in einem Schreiben an Vizepräsident Alex Hofmann als eines der ersten Privilegien der ständischen Organisation, unter Umgehung aller Instanzen unmittelbar der Landesobrigkeit vortragen zu können. Die Landstände aus der Zeit des Alten Reiches hatten in der organischen Gesellschaftslehre von Othmar Spann in den 1920er Jahren eine Renaissance erfahren, und sie kamen nach dem Kriege in der Anschluß-Frage deshalb ins Spiel, weil der Landesregierung und vor allem Drake an einem Ausgleich der Interessen und an einer breiten Meinungsbildung gelegen war. Schmitt hielt in einem Entwurf ausführli-

cher die Motive für die später vielzitierte Denkschrift fest. Er leitete aus den Erfahrungen mit expansionshungrigen westfälischen Gauleitern in den Jahren 1933 bis 1945 Aversionen gegen Westfalen ab. "Hannover" dagegen habe "zu allen Zeiten das größte Verständnis für die kleinstaatlichen Belange Lippes gehabt", während Westfalen "noch zu stark mit dem Gedanken an die Nazizeit belastet" sein. Von einem Anschluß an Westfalen befürchte man "die kulturelle Versteppung des lippischen Raumes". Schmitt argumentierte – und das überrascht – kaum mit ökonomischen Fakten. Die geschichtliche, kulturelle und konfessionelle Verbundenheit Lippes mit Niedersachsen waren die zentralen Glieder in seiner Beweis-kette, die strukturelle Ähnlichkeit der dortigen Wirtschaft mit der lippischen eher zweitrangig.

In der überarbeiteten Denkschrift ist die Handschrift Küsters zu erkennen; die Verflechtung mit der Provinz Hannover im Verkehrssektor und in der Energieversorgung wurde hervorgehoben, die von Schmitt behauptete, aber offenkundig nicht erzielte Übereinstimmung mit der Arbeiterschaft wurde stillschweigend gestrichen. Bestand hatten die Seitenhiebe gegen die Großindustrie:

Die großbetriebliche und kapitalistische Gestaltung der Betriebe gibt dem westfälischen Raum das Gepräge, während für Hannover, Lippe, Schaumburg-Lippe und Minden-Ravensberg die große Menge kleiner Betriebe sowie eine gesunde Mischung von Landwirtschaft, Industrie und Handel ein von Westfalen abweichendes Bild geben".²⁵

Innerhalb der Handelskammer war das Votum der Denkschrift für Hannover nicht unumstritten. Paul Jacobs aus Detmold wandte für die Möbelindustrie ein, daß die Rohstoffe zwar aus Niedersachsen kämen, der Absatz aber in Richtung Westfalen gehe. Vor allem sei jedoch Lippe mit Bielefeld und Herford verzahnt. Otto Künne, Generaldirektor von Hoffmanns Stärkefabriken, benannte Küster in einem ausdrücklich als privat bezeichneten Schreiben am 26.7.1946 fünf Gegenargumente²⁶:

1. Der Verkehr laufe nicht einseitig nach Niedersachsen, vielmehr sei Lippe durch Nebenbahnen mit den großen Durchgangslinien verbunden.
2. Nach 1945 habe sich die Ausrichtung ganz eindeutig in Richtung Westfalen verlagert. Ursache sei die Kohle: "Mit der Kohle steht und fällt die Wirtschaft".
3. Das Argument 'Schwerindustrie' zähle nicht mehr. Westfalen sei nicht allein durch sie geprägt, sondern ebenso von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

4. Die Rheinlande und Westfalen stellten das Hauptabsatzgebiet für lippische Produkte dar.
5. Die meisten Besucher der lippischen Kurorte kämen aus Westfalen und den Rheinlanden.

Künne ist nicht zitiert, um ihm gegen Küster und Schmitt nachträglich recht zu geben. Vielmehr war die Lage kompliziert, für den Anschluß zur einen oder anderen Seite gab es Argumente pro und contra, die Selbständigkeit ließ sich keinesfalls erhalten, wie den Lippern durch die Radionachricht vom 17.6.1946 schmerzlich bewußt wurde, als die Militärregierung den Anschluß Lippes an Niedersachsen per Dekret bekanntgab.

Kammergeschäftsführer Schmitt warf Drake in vertraulich gehaltenen Briefen vor, mit Bielefeld zu paktieren und für Nordrhein-Westfalen Stimmung zu betreiben. Es fiel das Wort "Anschlußpropaganda". Der Landespräsident hatte sich offenbar mit der Handelskammer Bielefeld beraten und von dort Unterlagen zur wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Minden-Ravensberg und Lippe erhalten. Bielefeld bezog gegen die Denkschrift vom 5.5.1946 Position und ließ das auch die Kammer in Detmold wissen. Die Argumente lauteten ähnlich wie die Künes. Ziel einer Verwaltungsreform müsse es sein, möglichst große, leistungsfähige Einheiten zu schaffen. Der Bielefelder Hauptgeschäftsführer hielt fest (und das mag Drakes späteres Handeln mit beeinflußt haben):

Berechtigte Sonderwünsche Lippes werden innerhalb des Landes, dem die Provinz Westfalen künftig angehören wird, ebenso gut Berücksichtigung finden können wie bei Niedersachsen".²⁷

Der Detmolder Kammerpräsident Küster ließ sich von Schmitts Zorn nicht anstecken. Obwohl er unverändert für Niedersachsen plädierte, reagierte er gelassen und stellte sich auf eine veränderte Lage ein. Er schrieb am 8.7.1946 an Künne und Hofmann: "Daß Herr Drake nach Westfalen tendiert, ist nicht verwunderlich. Trotzdem halte ich es für richtig, sich nicht zu sehr auf ein Bein zu stellen".²⁸ Öffentlich und in offiziellen Verlautbarungen suchte Küster den Schulterschluß mit Handwerk und Landwirtschaft, intern war er flexibel. Auch er verkannte nicht die enge Verflechtung mit Minden-Ravensberg, zumal er mit führenden Industriellen des Raumes Bielefeld-Herford gut bekannt war.

Am 26.7.1946 bezogen die drei 'Stände' gegenüber Drake noch einmal Stellung:

Das Land Lippe und der Raum Minden-Ravensberg gehören durch eine in weitem Maße gemeinsame Struktur wirtschaftlich, sozial und kulturell zusammen. Die [...] Stände halten es daher für äußerst wünschenswert, wenn auch der Raum Minden-Ravensberg an Niedersachsen angeschlossen würde. Es wird für zweckmäßiger erachtet – wenn es sein muß – ohne Minden-Ravensberg einen Anschluß bei Niedersachsen als mit Minden-Ravensberg bei Westfalen.²⁹

Einen repräsentativen Querschnitt durch die Meinung der lippischen Wirtschaft erfaßte die Umfrage vom Juli/August 1946. Das Ergebnis konnte unentschiedener nicht sein. 45 Firmen wurden befragt, 15 verhielten sich mehr oder minder neutral. Zwischen Industrie und Handel gab es kleine Abweichungen. Die Industrie stimmte mit einem Plus von zwei eher für Westfalen, der Handel mit der kleinen Zahl für Niedersachsen.³⁰

Die Zahlen verraten nichts über die Motive, die nur selten so klar lagen wie beim ehemaligen Reichswirtschaftsminister Dr. Alfred Hugenberg, der für die Baustoffwerke Rohbraken antwortete, "mit dem kurzen tatsächlichen Hinweis [...], daß unter normalen Umständen fast unser gesamter Ziegelsteinabsatz, soweit er nicht in Lippe verbleibt, nach Niedersachsen einschl. Schaumburg-Lippe geht."

Die Mehrzahl der Firmen argumentierte differenzierter. Die Möbelindustrie mußte zwei Seiten berücksichtigen, den Einkauf des Rohstoffs Holz wie den Absatz der fertigen Möbel. Ein Teil der Möbelfabriken bezog sein Holz im Niedersächsischen, ein anderer Teil im Bereich des Forst- und Holzwirtschaftsamts Rinkerode bei Münster oder im Bereich der preußischen Forstämter im Eggegebirge. Skepsis blieb, wie diese Materiallücke beseitigt werden konnte. Noch mehr bedrückte die Frage des Absatzes:

Die größten Befürchtungen liegen [...] für Lippe in der Zukunft, wenn nach dem Willen der alliierten Mächte das Ruhrgebiet und Rheinland selbständig verwaltet, vielleicht auch durch internationale Kontrollen und Zollschranken von den anderen deutschen Provinzen abgetrennt werden. Lippe würde gerade mit seiner Holzindustrie seinen größten Abnehmer verlieren".³¹

Von den meisten Industriebetrieben wurden außerdem die engen Wirtschaftsverbindungen zu Minden-Ravensberg ins Felde geführt:

Die Versorgung mit Kohle, Benzin, Eisen, Beschlägen und allem sonstigen vielseitigen Bedarf an Industrieartikeln dürfte sich durch die Trennung [...] sicherlich verschlechtern".³²

Die Leinwebereien in Oerlinghausen befürchteten die Unterbrechung der Garnzufuhr aus den Spinnereien in Bielefeld. Aus heutiger Sicht werden die Probleme und Nöte nur verständlich, wenn wir berücksichtigen, daß es 1946 größte Schwierigkeiten gab, auch nur von Provinz zu Provinz zu liefern. Aus Sicht der Industrie war die Frage 'Niedersachsen oder Westfalen?' zwar momentan schon die Frage nach der Wahl des Absatzgebietes. Das erklärt das leichte Plus in dieser Gruppe für Westfalen. Der Handel hatte jedoch andere Probleme. Er kaufte zwar traditionell in Westfalen ein. Einem Anschluß an Niedersachsen wollte ein Kaufmann aus Detmold nur zustimmen, wenn gewährleistet werde, "daß der technische Großhandel nach wie vor ohne jede Einschränkung seine Bezugsquellen in Westfalen in Anspruch nehmen kann". Die lippischen Baustoffhändler etwa benötigen für den Weg zu niedersächsischen Zementwerken zwei, nach Geseke und Beckum nur einen Tag Transport. Allerdings verärgerte das Landesernährungsamt Westfalen-Lippe. Es benachteiligte Lippe, während Hannover in der Lage war, die aufgerufenen Lebensmittel und sogar zusätzliche Konserven zur Verfügung zu stellen. Einen Detmolder Großhändler in Lebensmitteln nahm das entschieden gegen Westfalen ein:

Da das Land Lippe in den Augen des Ernährungsamtes Westfalen das sogenannte 'gelobte Land' ist, wird man uns auch in Zukunft bei Verteilungen von Lebensmitteln entsprechen behandeln. Man vergißt dabei, daß gerade hier sehr viele Evaquierte aufgenommen werden konnten [...].

Ein anderer Großhändler machte das Landesernährungsamt dafür verantwortlich, daß der Einzelhandel zur Selbsthilfe schreiten und den dringenden Lebensmittelbedarf der Verbraucher in der Provinz Hannover decken mußte. Im allgemeinen befürwortete man angesichts des "Flüchtlingsstroms, der im Wesentlichen auch das Land Lippe betraf", die Gründung eines eigenen Landeswirtschaftsamtes für Lippe.

Sehr viele Stimmen sprachen sich dafür aus, über den Tag hinaus zu denken: Wilhelm Schäferhenrich wies z. B. darauf hin,

daß Deutschland [...] nur dann einen natürlichen Wiederaufbau beginnen kann, wenn alle Provinzen miteinander in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht restlos verbunden sind und für die jetzt entstandenen vielen Ver-

waltungsstellen eine zentrale politische und wirtschaftliche Verwaltungsbehörde wieder eingesetzt werden kann.

Angesichts der "verwüsteten Städte und Dörfer und der unendlichen Belastungen durch Reparationen, Kriegsversehrte, Invalide und Kranke" dürfte sich das Land nicht erlauben, einen Beamtenapparat aufzubauen, der die Steuerkraft der Wirtschaft schmälere.

Auf Grund dieser Patt-Situation im Meinungsbild der Mitglieder rückte die Industrie- und Handelskammer intern von der Landwirtschaft und den Handwerkern ab. Während auf der politischen Ebene im Sommer durch die Rücknahme des Anschlusses an Niedersachsen alles wieder offen wurde, ließ Küster den Vorsitzenden der Kreisbauernschaft Gehring am 26.9. darüber nicht im unklaren, daß die Bevölkerung und größere Teile der Industrie einer-, Bauern und Handwerker andererseits in verschiedene Richtungen wollten.³² Auch an den Celler Oberlandesgerichtspräsidenten von Hodenberg schrieb Küster, der Standpunkt der Kammer könne nicht ganz eindeutig sein. "Die Industrie sieht allgemein die Absatzgebiete, mit denen sie seit langer Zeit in Verbindung steht, sieht die Kohlenlage". Dagegen sei die Handwerkskammer und die Kreisbauernschaft eindeutig auf Seiten Niedersachsens.

Im November und Dezember 1946 bahnte sich die Entscheidung an, ohne daß neue Sachargumente für oder gegen das eine oder andere Land aufgetaucht wären. Küster versicherte sich noch einmal der Meinung der Vollversammlungsmitglieder, beriet sich aber auch mit seinem Vetter³⁴, der ein entschiedener Befürworter eines Anschlusses an Niedersachsen war. Für Fritz Küster sprach die Wahl der Landeshauptstadt Düsseldorf gegen Nordrhein-Westfalen, weil Lippe dadurch an die Peripherie gedrängt würde. Man rechnete in Kilometern Abstand zur jeweiligen Landeshauptstadt. Paul Jakobs setzte weiterhin auf die Option für Nordrhein-Westfalen. Der Detmolder Einzelhändler Heinrich Vießelmann bekannte offenherzig, sich noch nicht entschieden zu haben. Für Hannover spräche die ernährungswirtschaftliche Frage, von Minden-Ravensberg dürfe aber keine Trennung erfolgen.

Aus dieser Situation heraus überrascht das eindeutige Votum aller drei 'Stände', die am 19.11.1946 an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf schrieben und ihm ihre Entscheidung zugunsten seines Landes mitteilten.³⁵ Die 'Stände' hielten

mit Rücksicht auf die Eigenart der Bevölkerung und das daraus entspringende Zusammengehörigkeitsgefühl und mit Rücksicht auf die Wirtschafts-

verhältnisse des Landes die Errichtung eines Verwaltungsbezirkes 'Mittelweser' für dringend wünschenswert.

Angesichts der schwankenden Stimmung bedarf dieser Schritt einer Erklärung. Erstens hielten die drei Verbündeten an der Position vom 4.5.1946 fest; sie konnten und wollten nicht davon abrücken. Die Folgen dieser Festlegung sprach Künne bei Küster ausdrücklich an. Zweitens zeigte die Agitation von Max Staercke beim Mittelstand Wirkung.³⁶ Versammlungen von Einzelhändlern in Barntrup und in Lemgo stimmten am 27.11. und 6.12. mit überwältigenden Mehrheiten für Niedersachsen.³⁷ Völlig anders war dagegen die Lage bei der Industrie.

Führende Industrielle des Landes, darunter Alex Hofmann, Künne, Küster und Georg Müller, waren am 7.12. zu Drake eingeladen, um über die Frage des Anschlusses zu sprechen. Drakes protokollarische Notiz ist deutlich:

Die Versammelten sprachen sich einmütig für das Verbleiben bei Minden-Ravensberg aus. Auf die zweimalige Frage des Landespräsidenten Drake, ob einer der Anwesenden für einen Anschluß an Niedersachsen sei bei gleichzeitiger Trennung Lippes von Minden-Ravensberg, meldete sich niemand. Landespräsident Drake stellte darauf Einmütigkeit aller Versammelten fest.³⁸

III. Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen

Am Tag zuvor hatte Drake vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Amelunxen eine unterzeichnete Fassung der sogenannten 'Punktuationen' erhalten³⁹, in denen die Bedingungen für den Anschluß Lippes festgehalten wurden. Der niedersächsische Ministerpräsident war nicht bereit, Lippe ähnliche Bedingungen zuzusagen. Kopf wollte Lippe gegenüber den in Niedersachsen aufgegangenen Ländern, vor allem Oldenburg, keine Sonderkonditionen gewähren. Dies führte Jahre später zu einem Stoßseufzer des ersten Bundestagspräsidenten Ehlers, einem gebürtigen Oldenburger, der 1951 die lippische Handelskammer wissen ließ, er könne gut nachvollziehen, warum die Lipper sich für Nordrhein-Westfalen entschieden hätten.⁴⁰

Gern wüßten wir, wieviel Drake von seinem Wissen im Gespräch mit den lippischen Industrieunternehmern am 7.12.1946 preisgegeben hat. Für den lippischen Landespräsidenten war das einstimmige Votum für ein

Zusammengehen mit Minden-Ravensberg eine Bestätigung seines Kurses, der im Januar 1947 dann endgültig zum Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen führte.

Wegen der binnen fünf Jahren anzuberaumenden Volksabstimmung über den endgültigen Verbleib Lippes bei Nordrhein-Westfalen oder dem Wechsel nach Niedersachsen war das Thema im Januar 1947 noch nicht vom Tisch, auch nicht in der Industrie- und Handelskammer, die sich in ihren Vollversammlungen mehrfach damit beschäftigte. Insbesondere ließ Hofrat Staerke nicht locker. Er agitierte für Niedersachsen und berief sich u. a. auf das bekannte Gutachten der drei 'Standesvertretungen'. Im April 1948 mußte er jedoch erfahren,

daß heute die Meinungen bei den Kammernmitgliedern durchaus geteilt seien und eine etwaige Stellungnahme der Kammer, selbst wenn sich eine Mehrheit für Niedersachsen ergäbe, nicht an der namhaften Minderheit, die für Nordrhein-Westfalen sei, vorbeigehen könne.⁴⁰

Insbesondere der Präsident der Kammer, Herbert Küster, hatte seine Meinung geändert. In einem Brief vom Sommer 1948, am Vortag der Währungsreform, schrieb an den Hauptgeschäftsführer der IHK Essen:

Ich bin ehrlich genug, zu sagen, daß ich meine Meinung von 1946 geändert habe, weil ich einsehe, daß ein 'Ruhrstaat' [gemeint ist Nordrhein-Westfalen] ein Glacis braucht, das kräftig ist, und ich denke, daß eine Bastionen dieses Glacis das Lipperland [ist].⁴²

Als deshalb 1951 vor dem Ende der Fünf-Jahres Frist zur Abhaltung des Volksentscheides Argumente pro und contra Nordrhein-Westfalen aufgezählt wurden, trat die Industrie- und Handelskammer Detmold mit einer weithin beachteten Denkschrift an die Öffentlichkeit ("Die gewerbliche Wirtschaft Lippes und Nordrhein-Westfalen. Denkschrift für den Herrn Regierungspräsidenten in Detmold").⁴³

Sie vermied eine Entscheidung in der Frage, "ob das Verbleiben bei Nordrhein-Westfalen für Lippe vorteilhaft ist", sondern stellte umgekehrt dar, "welche Bedeutung Lippes Wirtschaft für Nordrhein-Westfalen hat". Zugleich verschwieg die Kammer die strukturellen Probleme Lippes nicht und leitete daraus Erwartungen an das Land ab. Diese Denkschrift zu analysieren und unter dem Aspekt auszuwerten, ob die Erwartungen wirklich erfüllt worden sind, kann an dieser Stelle nicht unternommen werden. Deshalb muß zum Schluß ein Kommentar von Dr. Rolf Böger, dem Hauptgeschäftsführer der Kammer, aus dem Jahr 1982 genügen:

Die enge wirtschaftliche Verflechtung Lippes mit Nordrhein-Westfalen, besonders auch mit dem Ruhrgebiet, ließen es den Vertretern der lippischen Wirtschaft als unbedingt notwendig erscheinen, weiterhin bei Nordrhein-Westfalen zu bleiben. Die lippische Wirtschaft erkannte auch dankbar an, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dem lippischen Gebietsteil erhebliche Förderung hatte zuteil werden lassen.⁴⁴

Anmerkungen

1. "Bekakelt nicht die Lage..." Detmold in der Nachkriegszeit. Detmold 1992.
2. Zur Geschichte der Industrie- und Handelskammern nach 1945 vgl. u. a. Diethelm Prowe, Im Sturmzentrum: Die Industrie- und Handelskammern in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949. In: K. van Eyll u. a. (Hrsg.), Zur Politik und Wirksamkeit des Deutschen Industrie- und Handlestages und der Industrie- und Handelskammern 1861 bis 1949. Stuttgart 1987, S. 91-122. Dietmar Petzina/ Walter Euchner (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949. Düsseldorf 1984.
3. Hermann Niebuhr/Klaus Scholz (Bearb.), Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen. Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/03-1947. Detmold 1984.
4. Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund (= WWA) K 17 Nr. 25-29.
5. Vgl. Rudolf Haus, Abriß der Geschichte der Industrie- und Handelskammer Detmold und ihrer Vorläufer. Detmold 1954.
6. Ebd., S. 15 f.
7. WWA K 17 Nr. 14, Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.2.1935. Das folgende stützt sich im wesentlichen auf die Protokolle der Vorstands- und Beiratssitzungen, ebd. Nr. 14 ff.
8. Zur Geschichte der Wirtschafts- bzw. Gauwirtschaftskammern in Westfalen vgl. meinen Aufsatz: Selbstverwaltung oder Befehlsempfang? Die Wirtschaftskammer Westfalen-Süd im Dritten Reich. In: Klaus Möltgen (Hrsg.), Kriegswirtschaft und öffentliche Verwaltung im Ruhrgebiet 1939-1945. Gelsenkirchen 1990, S. 55-77. Ergänzend: Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, "Arisierung", Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Münster 1989.
9. Zitat aus dem Protokoll des Beirats vom 27.11.1935, WWA K 17 Nr. 14.
10. WWA K 17 Nr. 16, Protokoll der Beiratssitzung vom 10.11.1939, S. 19.
11. Ebd., Protokoll der Beiratssitzung vom 9.12.1942, S. 25.
12. Ebd., Protokoll der Beiratssitzung vom 31.3.1943, S. 3. Aus Bielefelder Provenienz sind an Akten zur Gauwirtschaftskammer Westfalen-Nord bzw. Wirtschaftskammer Bielefeld herangezogen worden WWA K 5 Nr. 974, 1496.
13. Vgl. Nagels Handakte K 17 Nr. 24 mit einer dichten Überlieferung zu den Jahren 1942 bis 1945. Auf diese Akte stützt sich meine Darstellung.

14. Müller an Sartorius (IHK Bielefeld) v. 17.7.1945, in: WWA K 5 Nr. 1496.
15. NRW-Staatsarchiv Detmold L 80 IIa, V, 4 Bd. 4. Diese Akte liegt der folgenden Darstellung zur Rekonstitution der Kammer zugrunde; ergänzend vgl. Haus sowie Ursula Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe. Düsseldorf 1984, S. 181 ff.
16. Ebd., Drake an Militärregierung v. 16.6.1945.
17. Ebd., Drake an Alex Hofmann v. 7.9.1945.
18. Ebd.
19. Quelle: WWA K 17 Nr. 30-33 (darin Handakten Küster); vgl. Stefan Wiesekepp, Schötmar – ein Zentrum der deutschen Celluloidwarenindustrie. In: Lippische Mitteilungen 61 (1992), S. 229-272, 254 ff.
20. WWA K 17 Nr. 26, IHK Detmold an OLG Celle v. 22.8.1945.
21. Niebuhr/Scholz, S. 85.
22. Ebd., S. 112.
23. Ebd., S. 124.
24. Ausführlich dazu: WWA K 17 Nr. 25.
25. Niebuhr/Scholz, S. 126.
26. WWA K 17 Nr. 27, Künne an Küster v. 26.7.1946.
27. Ebd., Mskr. vom 17.6.1946 (durschriftlich an Küster).
28. Ebd.
29. Ebd.
30. Sammlung der Antworten in WWA K 17 Nr. 25.
31. So die Fa. Vereinigten Werkstätten Schäferhenrich & Co., Detmold, v. 29.7.1946, ebd.
32. So das Kondor-Holzwerk, Lemgo, 5.8.1946.
33. WWA K 17 Nr. 27, Küster an Gehring, 26.9.1946, an v. Hodenberg, ebd., 21.10.1946.
34. Die Korrespondenz Küsters vom November/Dezember ebd.; vgl. auch Niebuhr/Scholz, S. 168-170. Fritz Küster war Vetter, nicht Bruder des Kammerpräsidenten, wie ebd., S. 170 Anm. 1 bemerkt.
35. Text der Eingabe an Kopf in WWA K 17 Nr. 27.
36. Hierzu vgl. Rombeck-Jaschinski, S. 229 f.
37. WWA K 17 Nr. 27.
38. Niebuhr/Scholz, S. 180.
39. Rombeck-Jaschinski, S. 233.
40. WWA K 17 Nr. 29, Protokollnotiz von Dr. Haus, 5.12.1951.
41. WWA K 17 Nr. 27, so Dr. Haus an Küster (Essen), 16.7.1948.
42. Ebd., H. Küster an Dr. August Küster (Essen), 16.7.1948.
43. Zit. nach dem Exemplar in WWA K 17 Nr. 26.
44. Rolf Böger, Aus der Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold 1955-1982. Detmold 1982, S. 9.